Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8138**

18. Wahlperiode 13.04.2016

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Oliver Krischer, Peter Meiwald, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aspekte des Grundwasseranstiegs im Rheinischen Braunkohlerevier

Durch den Bergbau im Rheinischen Braunkohlerevier sind massive Bodenabsenkungen – über teilweise mehrere Meter – entstanden. Ursächlich hierfür ist das Abpumpen von Grundwasser, um den Abbau von Braunkohle möglich zu machen. Bei Einstellung des Betriebs der Pumpen steigen das Grundwasser und somit auch der abgesenkte Boden wieder an.

Dieser Prozess wird auch weiter vorangehen. Die Bodenabsenkungen führen oftmals zu Schäden an Gebäuden und Straßen. Der Steuerzahler trägt oftmals die Kosten – die teilweise erst Jahrzehnte später in voller Gänze auftauchen.

Untersuchungen gibt es dazu von der RWE Power AG vom Konzernmitarbeiter Prof. Dr. Christian Forkel in seiner Ausarbeitung „Aspekte des Grundwasseranstiegs im Rheinischen Revier“ aus dem Jahr 2011.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung bekannt, dass die A 61 in den Teilen, in denen sie im Bereich der Bodenabsenkungen durch den Tagebau Hambach verläuft, nach Wiederanstieg des Grundwassers mehrere Meter unter Wasser stehen würde?
2. Inwiefern waren die notwendigen Pumpmaßnahmen zum Erhalt der A 61 auch Gegenstand der Planungen beim Bau der Autobahn?
3. Welche Teilstrecken der A 61 sind nach Informationen der Bundesregierung genau betroffen?
4. Wie hoch würde nach Informationen der Bundesregierung die A 61 an den jeweiligen Stellen im Grundwasser liegen?
5. Ist der Bundesregierung bekannt, dass ein solcher Zustand des Grundwassers nur durch dauerhaftes Abpumpen des angestiegenen Grundwassers verhindert werden kann?

   Wenn nein, warum nicht?
6. Wer kommt nach Ansicht der Bundesregierung für die Kosten dieses dauerhaften Abpumpens des Grundwassers zum Schutz der A 61 auf?
7. Wie hoch sind nach Informationen der Bundesregierung die Wassermengen, die für den Schutz der A 61 pro Jahr in Mio. m^3 gepumpt werden müssen?

8. Gehen nach Kenntnis der Bundesregierung mit den Grundwasserveränderungen auch Probleme mit Sulfat- und/oder Eisenockerkonzentrationen einher?

   Wenn ja, welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

9. Wie hoch sind nach Informationen der Bundesregierung die Kosten, die für den Schutz der A 61 jährlich anfallen, in Mio. Euro, und wie werden sich diese in Zukunft voraussichtlich entwickeln?

Berlin, den 12. April 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333